Resolutions des Stadtrats für Lärmschutz an der Hamm-Osterfelder-Bahnlinie

Die Bergkamener und Lünener SPD unternimmt erneut einen Anlauf, den dringend notwendigen Lärmschutz entlang der Hamm-Osterfelder Bahnlinie auf die Tagesordnung der Bundespolitik in Berlin zu setzen. Das wollen sie mit gleichlautenden Resolutionen an den Verkehrsausschuss und an den Umweltausschuss des Deutschen Bundestags erreichen.

Hamm-Osterfelder-Bahnlinie in Heil.

Mit den Lärmschutzforderungen sollen sich die beiden Gremien am besten sofort nach der Bundestagswahl befassen, fordert der verkehrspolitische Sprecher der Bergkamener SPD-Fraktion Franz Herdring. Am liebsten wäre es ihm, wenn hier alle Kommunen von Oberhausen bis Hamm an einem Strang zögen. Bürgerproteste gibt es dort ebenfalls seit vielen Jahren. „Wenn hier mehrere 100000 Bürger das Gleiche wollen, hat das in Berlin mehr Gewicht“, sagt er. Bisher waren die Genossen aus Bergkamen und Lünen stets unter sich.

Eine Ausnahme macht hier eine Bürgerinitiative aus Lünen, die eine Reihe von sinnvollen Forderungen entwickelt hat, die jetzt in die Resolution eingeflossen sind, die am

26. September im Stadtrat verabschiedet werden soll. Dazu gehören zum Beispiel die Einführung von Tempolimits und Nachtfahrverbote für alte Güterzüge, von denen besonders viel Lärm ausgeht. Sinnvoll sei es auch, dass das Nutzungsentgelt für diese ehemaligen Waggons der Deutschen Bahn ohne moderne Fahrgestelle drastisch angehoben werde, unterstrich Herdring.

Solche Maßnahmen nützen den betroffenen Anlieger der Güterbahnstrecke kurzfristig. „Uns ist auch klar, dass nicht auf der gesamten Länge von Oberhausen bis Hamm auf ein Mal Lärmschutzwände gebaut werden können“, sagt Herdring.